Opłacono ryczałtowo.

Wirtschaftskorrespondenz für POLEN

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Złoty, im Ausland 2,00 Reichsmark monatlich ausschliesslich Bestellgeld, freibleibend.
Redaktion, Verlag und Administr.: Katowice, M. Piłsudskiego 27 Telefon 168, 1998.

Organ der „Wirtschaftlichen Vereinigung für Polnisch-Schlesien"

Anzeigenpreise nach festem Tarif. Bei jeder Beitreibung und bei Konkursen fällt jeglicher Rabatt fort.
Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien.
Bankverbindung: Deutsche Bank u. Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen P. K. O. Nr. 304238 Katowice

Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein, Katowice

Durch höhere Gewalt, Aufruhr, Streiks und deren Folgen hervorgerufene Betriebsstörungen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder Nachlieferung der Zeitung.
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Jahrg. IX — Katowice, am 20. Februar 1932 — Nr. 5

Immer noch Wirtschaftskrise...

„Lachen möcht, ich", schrieb der „Simplizissimus" unlängst angesichts der ständigen Zunahme der Krisenbücher-Produktion, „lachen möcht' ich, wenn die Krise zu Ende wäre, bevor man ein Mittel gegen sie gefunden hat". So bald wird er ja nun nichts zu lachen haben, denn soviel ist sicher, dass wir von einem Ende der Krise, von einem Ende wenigstens im Sinne einer Wendung zum Bessern, wie es hier nur gemeint sein kann, noch so weit entfernt sind, wie nur je. Dass es so ist, liegt aber durchaus nicht am Mangel an Mitteln, die gibt es, sie werden gefunden werden, ja, sie sind eigentlich schon gefunden worden. Aber was hilft das beste Mittel, wenn es der Kranke nicht nimmt, was helfen die besten Ratschläge, wenn er, anstatt die ihm vorgeschlagenen modernen, allerdings etwas unbequemen Kuren zu versuchen, immer wieder zu den alten bequemen, nur leider untauglichen Hausmitteln greift und sich im übrigen schon langsam mit dem Gedanken an ein erfrischendes Stahlbad vertraut macht, wie es seit Jahrtausenden in ähnlichen Situationen mit bestem Erfolg als ultima ratio angewandt worden ist!

Wie gesagt, die Mittel, von denen man sich eine erfolgreiche Gegenwirkung gegen die Weltwirtschaftskrise, wenn auch natürlich nicht von heute auf morgen, versprechen könnte, sind eigentlich schon gefunden. Es besteht insoweit, in den Grundzügen wenigstens und unbeschadet der verschiedensten Nuancen, sogar unter den Sachverständigen eine ziemlich weitgehende Einigkeit und zwar gipfeln sie, ganz knapp ausgedrückt, in zwei untereinander wiederum eng zusammenhängenden Momenten: **Erforderlich ist zunächst weitestgehende Ausschaltung politischer und sonstiger nicht rein wirtschaftlicher Gedankengänge aus der Diskussion** und auf der so gewonnenen Basis der reinen Vernunft dann **zwischenstaatliche, planwirtschaftliche Zusammenarbeit** auf mehr oder weniger grossem Gebiet. Das ist das Ganze, wie man sieht, ein einleuchtendes und — in der Theorie wenigstens — einfaches Programm, bei dem es zunächst wenig darauf ankommt, ob man die Zusammenarbeit nur auf Produktion oder z. B. auch auf gemeinsame Siedlung erstrecken will, ob man Amerika oder Russland einbeziehen oder sich mit Paneuropa oder gar nur einer deutsch-österreichisch-tschechisch-polnischen Zoll-Union begnügen will. Das sind Details, die zunächst umso weniger interessieren, als — wir leider in der Praxis von der Durchführung des Hauptprinzips, der Ausschaltung nämlich der Politik, ja von der Erkenntnis der Notwendigkeit seiner Durchführung, noch so weit entfernt sind, dass alle weiteren, noch so einleuchtenden und naheliegenden Gedankengänge geradezu utopisch erscheinen müssen. **Ohne die Ausschaltung der Politik aber geht es nicht,** das muss immer und immer wieder betont werden, und es muss eine sehr weitgehende Ausschaltung sein, eine Ausschaltung nicht nur aus der Diskussion, sondern auch aus der Denkweise, nicht nur der Diplomaten, sondern auch der Völker, eine Ausschaltung, die sich auf viele uns Allen heut noch tief im Blut steckende Begriffe wird erstrecken müssen, die wir uns also recht schwer vorstellen können.

Das ist es, was die Lektüre all der vielen Krisenbücher so unfruchtbar macht, das ist es auch, was der eingangs zitierte Scherz des „Simplizissimus" wohl treffen will: Alle noch so tiefen und dabei oft so naheliegenden Erkenntnisse müssen daran zuschanden werden, dass noch die allerersten, die allereinfachsten Voraussetzungen für ihre Durchführung heute fehlen und auch morgen noch fehlen werden, und dass alle diese Bücher hieran nichts werden ändern können.

Von dem was in letzter Zeit in Deutschland über die Wirtschaftskrise geschrieben worden ist, interessiert uns Vieles, was sich ausschliesslich mit den innerdeutschen Verhältnissen beschäftigt, nur mittelbar. Die wirtschaftliche und soziale Struktur **Polens** ist von der Deutschlands doch zu verschieden, als dass wir die dort vielleicht zutreffenden Schlussfolgerungen ohne weiteres auf Polen anwenden können, ganz abgesehen von dem dort im Mittelpunkt aller Diskussionen stehenden Reparationsproblem, das ja für Polen gleichfalls nur von mittelbarer Bedeutung ist. Direkt auch uns hier in Polen aber interessiert das soeben erschienene neueste Buch aus dem Tat-Kreise **Giselher Wirsing's Zwischen - Europa und die deutsche Zukunft.** (Eugen Diederichs-Verlag, Jena).

Wir haben, als wir vor Monaten uns an dieser Stelle mit dem ersten programmatischen Tat-Buch (Fried: Das Ende des Kapitalismus) beschäftigten, darauf hingewiesen, dass die Tendenz dieser Schrift auf ein Zusammenarbeiten Deutschlands mit dem nächsten Osten und Südosten, auf eine erweiterte deutsch-österreichische Zollunion also etwa hinausläuft. Diesen in dem Fried'schen Buche nur erst angedeuteten Gedankengang setzt nun Wirsing fort, wobei er übrigens, ebenso wie seinerzeit Fried, in seinem Buche im Wesentlichen nichts eigentlich Neues bringt, sondern vielmehr die systematische und erweiterte Zusammenfassung von Aufsätzen, die in der „Tat" in den letzten zwei Jahren von ihm erschienen sind.

Ohne zunächst auf die Tendenz des Buches einzugehen, müssen wir vor allem feststellen, dass es, wie übrigens alle Aeusserungen des „Tat"-Kreises, mit einer vielfach geradezu verblüffenden Sachkenntnis geschrieben ist. Es ist ja bekannt genug, dass nicht nur dem Durchschnittswesteuropäer, sondern auch manchem, der dazu berufen wäre, es besser zu wissen, gerade die hier in Frage kommenden Gebiete und gerade deren soziologische und wirtschaftliche Struktur völlig unbekannt sind. Umso erstaunlicher ist, was Wirsing nach dieser Richtung hin an Material bringt und zwar — wenigstens soweit es sich um Polen handelt, glauben wir das beurteilen zu können — an zuverlässigem Material, das sich nicht auf Zahlen beschränkt, sondern das eine weitgehende, eigene Vertrautheit mit den Verhältnissen und viel Verständnis für diese Verhältnisse verrät. Was Wirsing über Polen schreibt, gehört zu dem Zutreffendsten, was bisher Aussenstehende zu diesem Thema geäussert haben und es ist ihm seine — nur gelegentlich eingeschränkte — Unvoreingenommenheit und Sachlichkeit hier umso höher anzurechnen, als er gerade in Polen mit Recht das stärkste Hindernis für die Durchführung seiner Ideen erkennt.

Diese Ideen laufen, wie gesagt, auf eine entschiedene Abkehr Deutschlands vom westlichen Kapitalismus, insbesondere von Frankreich und auf eine umso intensivere Zusammenarbeit mit dem Osten und Südosten Europas hinaus. Die hier in

Rückstände direkter Steuern gestrichen

...aber mit Vorbehalten!

In mehr oder weniger sensationeller Aufmachung haben hiesige Tageszeitungen den Steuerzahlern dieser Tage die freudige Mitteilung gemacht, Rückstände direkter Steuern würden gestrichen werden oder seien sogar bereits gestrichen worden. Die konkrete Unterlage für diese Nachricht ist ein Gesetzentwurf über Erleichterungen bei der Bezahlung von Steuerrückständen, der soeben tatsächlich angenommen worden ist, dessen Inhalt jedoch leider die etwas weitgehenden Ankündigungen keineswegs rechtfertigt.

Die endgültige Fassung des Gesetzes weist zunächst einen grundlegenden Unterschied gegenüber dem Entwurf auf, den unseres Wissens die Endeka eingebracht hatte. Dieser Entwurf nämlich sah eine ganz detaillierte Aufzählung der Fälle vor, in denen die Erleichterungen bei der Abzahlung der Steuerrückstände gewährt werden sollten. In der endgültigen Fassung des Gesetzes ist daraus eine Ermächtigung des Finanzministers geworden, was naturgemäss eine fühlbare Verschlechterung für den Steuerzahler bedeutet. Es kommt hinzu, dass als Steuerrückstände, für die Erleichterungen gewährt werden können, nur solche Steuerbeträge angesehen werden, die vor dem 1. Oktober 1931 fällig waren. Was nachher kommt, gilt als laufende Steuer und Bedingung für die Gewährung von Erleichterungen für jene Rückstände ist pünktliche Bezahlung dieser laufenden Steuern.

Diese Bedingungen sind vom Standpunkt des Fiskus aus gesehen durchaus angebracht und vielleicht sogar notwendig. Darüber aber kann selbstverständlich kein Zweifel sein, dass sie den Wert der Erleichterungen für den Steuerzahler stark beeinträchtigen. Denn wer seine Steuern vor dem 1. Oktober schuldig geblieben ist, der wird sie vermutlich auch nach dem 1. Oktober nicht pünktlich bezahlt haben, und sie jetzt nachzuzahlen, wie es unbedingte Voraussetzung für jede Erleichterung bei der Zahlung der älteren Rückstände ist, wird manchem wohl schwer fallen.

Es liegt uns fern, den Wert der jedenfalls erfreulichen Massnahme in Frage zu stellen, denn immerhin wird es leichter sein, die bis zum 1. Oktober zurückreichenden Rückstände, als alle Rückstände zu zahlen. Aber ganz das, was man erhofft hatte, ist es eben nun doch nicht geworden. Und noch Eines: Wir haben die deutliche Empfindung, dass man bei der Schaffung dieses Gesetzes grundsätzlich und jedenfalls in allererster Linie an die **Landwirtschaft** gedacht hat, und wir sind davon überzeugt, dass Gewerbe und vor allem Handel nur in sehr bescheidenem Umfang werden daraus Nutzen ziehen können. Hoffen wir, dass wir uns in dieser Ueberzeugung diesmal täuschen!

Frage kommenden Kontrahenten fasst Wirsing unter dem Begriff „Zwischen-Europa“ zusammen. Es sind die baltischen Randstaaten, Polen, die Tschechoslovakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslavien und Bulgarien, während Oesterreich selbstverständlich in den Begriff: Grossdeutschland einbezogen wird, also nicht in diese Aufzählung gehört. Wie wir sehen, handelt es sich geographisch um den Staatenkomplex, der sich zwischen Russland und Westeuropa lagert. Hier glaubt Wirsing, ohne übrigens die vielfachen Schwierigkeiten zu verkennen, die dem entgegenstehen, das naturgegebene zukünftige Tätigkeitsfeld für Deutschland zu finden. Er geht bei seiner Beweisführung davon aus, dass die „zwischeneuropäischen“ Staaten untereinander eine weitgehende Uebereinstimmung der soziologischen und wirtschaftlichen Struktur aufweisen, ein allgemeines Vorherrschen vor allem des landwirtschaftlichen Elements - hier eben muss er Polen ausnehmen, den „Agrarstaat, der es nicht sein will“ — und ein allen typisches fast vollkommenes Fehlen eines Mittelstandes. Er weist ausführlich nach, dass bei Ausschaltung der heute wirksamen politischen Einflüsse die wirtschaftlichen Interessen dieser auch geographisch-organisch zusammenhängenden Staatengruppe in wichtigen Hauptlinien übereinstimmen müssten, und dass diese Interessen, soweit es sich, wie gesagt, um rein wirtschaftliche Gesichtspunkte handelt, mit denen Deutschlands sich begegnen: Während dieses Absatz für seine Industrie braucht, müssen jene einen potenten Abnehmer für ihre Agrarprodukte suchen, sodass eine gegenseitige, natürliche Arbeitseinteilung zwanglos gegeben sei, die die Schaffung eines wirtschaftlich autonomen Territoriums ermögliche. Entscheidende konforme Interessen der beiden Kontrahenten stellt Wirsing auch insofern fest, als sie bei — nach seiner Ansicht — richtiger Auffassung der Situation übereinstimmend ihren wahren Gegner in dem westlichen Kapitalismus sehen müssten, zu dem sie in einem natürlichen und nur durch politische Einflüsse in letzter Zeit verschleierten Gegensatz ständen, und eine gewisse Basis für die Durchführung seiner Ideen glaubt er schon heute darin erblicken zu dürfen, dass gerade in Zwischen-Europa aus dort ganz besonders gegebenen Gründen die etatistischen und staatswirtschaftlichen Neigungen ganz besonders ausgeprägt und zum Teil schon — besonders gerade in Polen — in die Praxis umgesetzt seien, was den Aufbau einer gemeinsamen Planwirtschaft selbstverständlich erleichtern würde, und so kommt er zu dem Schluss, dass die planmässige Zusammenarbeit Grossdeutschlands mit „Zwischen-Europa“, eine gemeinsame Wirtschafts-Autonomie mit der Front einerseits gegen den westlichen Kapitalismus, anderseits aber übrigens weniger entschieden, gegen Russland, für Deutschland heute der einzige dauernden Erfolg versprechende Ausweg, aber ebenso auch für „Zwischen-Europa“ eine naturgegebene Notwendigkeit sei.

„Wenn man's so liest“, kann man sich dem Eindruck dieser immer wieder durch reichliches, statistisches Material und wirklich tiefschürfende Schilderung der Zusammenhänge belegten Beweisführung schwer entziehen. Kein Zweifel, der ganze Plan geht in der Richtung, die man als die Generallinie der heutigen Entwicklung der Weltwirtschaft bezeichnen kann, in der Richtung nämlich auf Schaffung möglichst grosser, aber doch nicht allumfassender, unter sich in einem gewissen, schon gegebenen politischen oder geographischen Zusammenhang stehender „Grosswirtschaftsräume“, Territorien mit straffer planwirtschaftlicher Organisation und weitgehender Wirtschaftsautonomie. Russland ist hierin beispielgebend vorangegangen, Amerika auf dem besten Wege, ihm zu folgen. England schickt sich neuerdings an, sich mit seinen Kolonien und Dominions zu einem ähnlichen Gebilde zusammenzuschliessen, und die derzeitige Auseinandersetzung im Fernen Osten dürfte im Ergebnis auf etwas Aehnliches hinauslaufen. Es bleibt also bei dieser Aufteilung in Grosswirtschaftsräume tatsächlich eigentlich nur Europa übrig, und diese Lücke würde der Wirsing'sche Vorschlag allerdings zum Teil füllen.

Dass dies, so nahe diese Lösung bei Betrachtung aus rein wirtschaftlichem Gesichtswinkel zu liegen scheint, nicht leicht sein wird, weiss selbstverständlich auch Wirsing selbst, und er macht auf einige der Schwierigkeiten immer wieder aufmerksam. Aber diese Schwierigkeiten bedeuten wenig im Verhältnis zu anderen, deren Beseitigung bei Wirsing offenbar stillschweigende Voraussetzung für alle seine Gedankengänge ist, eine Voraussetzung, von der wir nicht im mindesten erfahren, wie sie geschaffen werden soll. Denn diese Voraussetzung besteht in nichts weniger, als der vollkommenen Verschiebung aller heute in der Welt, mindestens aber in Europa tatsächlich gegebenen Machtverhältnisse, aber darüber hinaus — wir verweisen, hier auf unsere Einleitung — in einer grundlegenden Veränderung geradezu aller unserer Anschauungen.

Schon soweit es sich um Deutschland handelt, hat der Verfasser ausdrücklich nie das heutige Deutschland im Auge, für das er gelegentlich recht scharfe Worte findet, und von dem er sich für seine Ideen nicht das mindeste verspricht, sondern ein zukünftiges Deutschland, ein idealisiertes „antikapitalistisches und antiimperialistisches“ — um es etwas banal aber verständlich auszudrücken, „Drittes Reich“. Schon das kann man leichter hinschreiben, als sich vorstellen, geschweige denn schaffen. Es wird uns nicht leicht, diesem „Dritten Reich“, wie es auch aussehen möge, das diplomatische und politische Feingefühl zuzutrauen, das die Durchführung der zwischeneuropäisch - grossdeutschen Zusammenarbeit erfordern würde, bei der ausdrücklich jeder imperialistische Einschlag, jeder Anklang an den „Drang nach Osten“ nach dem Willen Wirsing's wenigstens vermieden werden soll. Noch weniger freilich vermögen wir dem „Zwischen-Europa“ das notwendige Vertrauen zu diesem neuen Deutschland zuzutrauen, selbst wenn wir uns eine recht weitgehende Befreiung von leider heute noch sehr tief eingewurzelten Vorurteilen vorstellen. Wir müssen leider für viel wahrscheinlicher halten eine Zusammenarbeit nach dem „kolonialen System“, das Wirsing heute Frankreich vorwirft, und damit kommen wir zu der zweiten Voraussetzung für die Durchführung der Wirsing'schen Ideen, um die unter gar keinen Umständen herumzukommen ist, und die auch Wirsing ganz offensichtlich für so selbstverständlich ansieht, dass er erst garnicht viel von ihr spricht: Es ist dies die völlige Ausschaltung Frankreichs aus der europäischen Politik. „Zwischeneuropa“ gehört heute zur ureigensten Machtsphäre Frankreichs, Frankreich hat hier finanziell und moralisch viel investiert, und es bestehen Bindungen, die doch wohl stärker und durchaus nicht so einseitig sind, wie Wirsing sie darstellt. Was eine Ausschaltung Frankreichs aus dieser seiner heutigen Position bedeutet, was diese Ausschaltung ihrerseits wieder zur Voraussetzung haben würde, das wissen wir, und das weiss zweifellos auch Wirsing. Hier wird keine der Verschiebungen innerhalb der Mächtegruppierung genügen, wie sie seit dem Kriege schon stattgefunden haben, und wie sie dauernd noch stattfinden, hierin kann eine neue Kräfteverteilung innerhalb der Weltmächte, soweit sie auf revolutionärem Wege denkbar ist, nichts ändern: für uns ist es unzweifelhaft, dass Wirsing's „Zwischen-Europa“ einen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse zur Voraussetzung hat, einen Umsturz, dessen Wirkungen auf das Weltbild weit über die durch den Weltkrieg hervorgerufenen hinausgehen müssten, einen Umsturz, der allerdings vermutlich ganz Europa ziemlich summarisch aller seiner Krisensorgen entheben würde.

Dass dies der einzige Weg zur Gesundung der Verhältnisse sein sollte, können und wollen wir nicht glauben. Wirsing gehört offenbar zu den heute schon und besonders in Deutschland durchaus nicht seltenen Politikern auf wissenschaftlicher Basis, denen der Fortschritt der Menschheit, wie sie ihn sich vorstellen, auch mit ihrer Ausrottung nicht zu teuer erkauft scheint. Wir dürfen doch wohl heute wenigstens noch hoffen, dass sich noch andere Mittel werden finden lassen . n.

Paneuropa und Völkerbund

Coudenhove-Kalergi: Stalin & Co.
(Paneuropa-Verlag, Wien).

Das heutige Europa, 28 Staaten mit verschiedenstem politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Charakter, einig nur in der Tendenz, sich möglichst dicht gegeneinander abzuschliessen — es braucht einen mehr als zeitgemässen Optimismus, um da noch an die Möglichkeit eines Paneuropa zu denken, wenn auch noch so eindringlich die Gefahr geschildert wird, die diesem Europa von Russland droht, einer heute schon vollständig geschlossenen politischen, religiösen und wirtschaftlichen Einheit. Die Broschüre Coudenhove's mutet denn auch wie ein Schwanengesang des paneuropäischen Gedankens an; was können alle noch so schwungvoll vorgetragenen Argumente des Autors bedeuten gegenüber dem Eindruck der Tatsachen, die heute schon jedem offenbar sind, die aber übrigens noch selten so klar formuliert worden sind, wie gerade hier. Weiter als je sind wir heute in Europa von jeder zwischenstaatlichen Zusammenarbeit entfernt, geschweige, denn von einem so engen organisatorischen Zusammenschluss, wie ihn Coudenhove mit Recht für notwendig hält, um aus dem bestehenden Chaos herauszukommen und der von Russland her drohenden Gefahr zu begegnen. Und wenn auch die Erkenntnis der Notwendigkeit eines solchen Zusammenschlusses bei Regierenden und Völkern viel verbreiteter wäre, als sie heute leider ist — und nach dieser Richtung hin soll die Broschüre wirken — es wäre für lange Zeit unmöglich, aus dieser Erkenntnis die praktischen Konsequenzen ziehen: zu tief sind in den letzten Jahren auch die gefühlsmässigen Gegensätze zwischen den Völkern geworden, als dass Vernunftgründe sie beseitigen könnten.

Walther Rode: Frieden und Friedensleute.
Genfereien.
(Transmare - Verlag, Berlin).

Walther Rode, der erst unlängst (Knöpfe und Vögel), mit allem Gerichtsunwesen so gründlich abgerechnet hat, dass, wer das Buch gelesen hat, Zeit seines Lebens von „Rechtswesen“ nicht mehr wird zu sprechen wagen, hat sich diesmal den Völkerbund und seine Macher vorgenommen, ein, wie schon der bescheidene Umfang des Bändchens zeigt, weniger würdiges Objekt. Freilich, alle Zweifel, ob angesichts der vielen Angriffe von anderer Seite dieser Dolchstoss von hinten noch nötig war, vergisst man bei der Lektüre dieser stets glänzend formulierten und sachlich unbedingt schlagenden Angriffe gegen jene „hundertprozentigen Garanten für den Untergang des Abendlandes“, die sie verhindern soll, denen es nur noch darum zu gehen scheint, wie man die programmässigen Tagungen möglichst reibungslos durchführt, denen es gelungen ist, eine gänzlich neue und neuartige Institution im Laufe von wenigen Jahren restlos im Bürokratismus ersticken zu lassen. So scharfsichtig und unbarmherzig kann kein Feind, so kann nur ein enttäuschter Freund des Völkerbundgedankens und des Friedens richten. R. H.

Verbandsnachrichten

Am 18. d. Mts. fand eine Sitzung des **Vereins selbständiger Kaufleute, e. V. Katowice**, statt.

Der 2. Vorsitzende, Herr Goetz eröffnete die überaus stark besuchte Versammlung und erteilte das Wort Herrn Dr. Lampel. Dieser referierte über verschiedene Tarifangelegenheiten, worüber eine rege Diskussion sich entspann. Nachher referierte derselbe über die Auswüchse des unlauteren Wettbewerbs in der Form von Reklame-, Gelegenheits-, Inventur- und Saisonsausverkäufen, worüber wir gesondert berichten. Um diese Auswüchse zu bekämpfen, wurde eine Kommission gewählt, die die Einberufung einer Sitzung zwecks Gründung einer Textilgruppe beim Verein selbst. Kaufleute vornehmen, die einheitliche Richtlinien in obiger Richtung festsetzen und hernach durch die Handelskammer den zuständigen Behörden, bezw. dem Magistrat ihre Vorschläge und Beschlüsse zwecks Regelung dieser so wichtigen Angelegenheit weiterleiten soll.

Im Zusammenhang damit wurden die Beisitzer für das bei der Handelskammer bestehende Einigungsamt in Sachen des unlauteren Wettbewerbs gewählt und zwar:

die Herren: Georg Grünpeter, Josef Lissy, Max Grabowski, Bernhard Fröhlich.

Darauf wurde die Angelegenheit der verlängerten Geschäftsstunden und freien Sonn- und Feiertage besprochen. Wie bekannt, hat der Magistrat für das Jahr 1932 nur 13 Wochentage und 5 Sonntage für den Handel bestimmt, im Gegensatz zu den vorigen Jahren, in denen diese Tage bis zu 20 genehmigt wurden. Es wurde beschlossen, entsprechende Schritte zu unternehmen, um beim Magistrat vorzusprechen, die Anzahl der Tage auf die im Rahmen der Gewerbeordnung zulässigen 20 Wochentage und 6 Sonn- und Feiertage zu vergrössern, da 1. kein Grund vorliegt, die Zahl in dieser so schweren Zeit zu verringern, wofür auch der Umstand spricht, dass Król.-Huta eine viel grössere Anzahl von geschäftsfreien Wochen- und Sonntagen zugebilligt hat. Desgleichen wurde beschlossen, bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden in der Angelegenheit der Verlegung der Offenhaltung an den zulässigen Sonntagen von 1—6 auf 2—7 Uhr, da das Offenhalten von 1—2 für die Kaufmannschaft keine praktische Bedeutung hat und nur einen Verlust an Zeit bedeutet, mit Begründung, dass das keine Verlängerung der zugebilligten Stunden, sondern nur eine Verlegung ist.

Im Zusammenhang mit der Zustellung eines Entwurfes des Lehrvertrages für kaufmännische Lehrlinge durch die Handelskammer wurde beschlossen, an der zu diesem Zwecke durch die Handelskammer anberaumten Sitzung teilzunehmen und zur obigen Frage eine Reihe von grösseren Betrieben zwecks Bearbeitung heranzuziehen.

Nachher referierte Herr Dr. Lampel über **Nachverzollungen**. Er wies darauf hin, dass letztens wieder diese Angelegenheit akut wurde, und die Zollbehörden beträchtliche Beträge eintreiben. Vom rechtlichen Standpunkt aus verhält sich die Angelegenheit folgendermassen:

Der s. Zt. geltende § 32 des Verfahrens über die Zollangelegenheiten hat eine Zeit von 2 Jahren vorgesehen, in der die Zollbehörden zur Einziehung sämtlicher Zollnachforderungen berechtigt waren. Wir erinnern an die ungeheuren Beträge, die von der Kaufmannschaft s. Zt. eingezogen wurden. Dies veranlasste uns, zwecks Kürzung der Frist energische Schritte zu unternehmen. Auf Grund dieser Schritte wurde § 7 der Verordnung des Finanzministers über das Zollverfahren in der Weise geändert, dass die Frist von 2 Jahren auf 1 Jahr herabgesetzt wurde. Mit dieser Frist waren wir auch noch nicht einverstanden und richteten zwecks weiterer Kürzung Denkschriften an die massgebenden Stellen. Am 10. d. Mts. richteten wir ein Schreiben durch die Handelskammer an das Finanministerium, worin wir u. a. folgendes begründeten:

„Die Aenderung des § 7 der Verordnung des Zollverfahrens über die Kürzung der bestehenden Frist von einem Jahr erachten wir unabhängig von den schon vielfach angeführten Gründen folgendermassen für notwendig:

Die Möglichkeit einer Nachverzollung macht eine genaue Kalkulation unmöglich und ruft eine Unsicherheit im kaufmännischen Leben hervor. Gesunde Wirtschaftsverhältnisse fordern, dass Nachverzollungen lediglich in einer solchen Frist erhoben werden, in der im Handelsverkehr die Ware des Kaufmanns lagert. Die Frist von 6 Monaten überschreitet in vielen Fällen, bezw. in Branchen

diese Zeit. Infolgedessen erachten wir die Frist von höchstens 6 Monaten als wirtschaftlich begründet. Man kann nicht verlangen, dass ein Kaufmann nach Verkauf der Ware und Einkalkulierung des Zolles noch nachträglich einen effektiven Verlust in Form des nachträglich entrichteten Zolls erleidet, den er nicht mehr einkalkulieren kann. Man kann auch den Kaufmann für die Schuld des Beamten, der lediglich mit der Berechnung beschäftigt ist, nicht verantwortlich machen.

Die Verkürzung der Frist wird u. a. damit begründet, dass die 6-monatige Frist auch in anderen Zollgesetzgebungen vorgesehen ist. Dafür spricht auch eine gewisse Disproportion, welche sich aus der Berechtigung der Zollbehörden auf Grund des § 7 der oben zitierten Verordnung zur Nachverzollung in der Frist von einem Jahr — und der Frist zur Einlegung einer Beschwerde nur innerhalb von 30 Tagen seit der Abfertigung auf Grund des Art. 16 der Verordnung des Finanzministeriums ergibt.

Wir finden keine Begründung für eine solche absonderliche Behandlung des Kaufmanns, da die Frist der Beschwerde zur Eintreibung der Nachverzollung ein Jahr währt, während dem Kaufmann zur Berufung nur 30 Tage gewährt werden.

Einerseits ist also die Frist zur Eintreibung der Nachverzollung durch die Zollämter innerhalb eines Jahres unbedingt zu lang, anderseits die zur Einlegung der Berufung von 30 Tagen für die wirtschaftlichen Kreise zu kurz.

Schliesslich wurden verschiedene Mitteilungen gemacht, wie die von der Gründung des Gläubigerschutzverbandes, Krankenkassenangelegenheiten, wonach andere wichtige, interne Angelegenheiten besprochen und Beschlüsse gefasst wurden.

Es muss wiederholt betont werden, dass diese Sitzung aussergewöhnlich gut besucht war, und es wäre zu wünschen, dass ein ähnliches Interesse an den Sitzungen immer gezeigt würde, da in der schweren Zeit eine unbedingte Notwendigkeit besteht, im engen Kontakt mit sämtlichen Mitgliedern zu stehen.

Auswüchse des unlauteren Wettbewerbs

Die Missbräuche auf diesem Gebiet haben in letzter Zeit ein solches Ausmass angenommen, dass eine unbedingte Notwendigkeit besteht, diese Materie ein für allemal endgültig zu erledigen. Es wird unbestritten festgestellt, dass die Hauptstrassen der Stadt ein groteskes Bild darstellen und eine grosse Anzahl von Läden ununterbrochen mit verschiedenen Schildern von Inventur-, Saison-, Reklame- und Gelegenheitsverkäufen versehen ist. Wenn wir diese Angelegenheit **vom rein kaufmännischem Standpunkt** aus betrachten, so handelt es sich um unlauteren Wettbewerb, der unbestritten strafbar ist. Unabhängig davon muss mit Nachdruck betont werden, dass der Zweck, der dadurch erzielt werden soll, nicht erreicht wird, da dieser unlautere Wettbewerb, der ein Lockmittel sein soll, im Grunde genommen nicht erreicht wird, zumal das Publikum endlich selbst zur Ueberzeugung gelangt ist, dass diese Manipulationen nur zum Scheine dienen und in Wirklichkeit keine Gelegenheitskäufe darstellen. Anders verhält sich jedoch die Sache, wenn der Kaufmann in der durch das Gesetz vorgesehenen Zeit und Saison seine Verkäufe und Ausverkäufe tätigt. Nur auf diese Weise kann das Publikum zum Besuch dieser Unternehmen und Läden herangezogen werden. Unabhängig davon jedoch **leidet darunter das Ansehen der Stadt,** da an jeder Ecke der Strasse und des Ladens ein Fetzen hängt, der das Geschäft selbst entstellt und bei der provisorischen Anbringung dieser Reklameschilder droht oft die Gefahr für das passierende Publikum. Wie starke Auswüchse auf diesem Gebiete zu verzeichnen sind, geht daraus hervor, dass fortlaufend Klagen der Geschäftsstelle mitgeteilt werden, grösstenteils über ein und dieselben Firmen, die die bestehenden Vorschriften nicht beachten und fortlaufend Reklameschilder anbringen. Auf diese Weise kommt es soweit, dass man bei manchen Firmen eigentlich das Firmenschild nicht mehr sieht, da an dessen Stelle verschiedene Schilder angebracht wurden. Die Geschäftsstelle der W. V. ist verpflichtet, in solchen Fällen zu intervenieren, indem sie diese Angelegenheiten zur teilweisen Erledigung dem Einigungsamt für den unlauteren Wettbewerb oder der städtischen Baupolizei zur Durchführung übergibt.

Es muss zugegeben werden, dass derartige Schritte recht unangenehm sind und zu Unstimmigkeiten führen. Wir sehen uns daher verpflichtet, die Frage öffentlich zur Diskussion zu stellen, wobei betont wird, dass, sofern die bestehenden Vorschriften nicht inne gehalten werden, **ganz radikale Schritte werden vorgenommen werden müssen.**

Um ein klares Bild in dieser Angelegenheit sich zu schaffen, müssen wir die Rechtslage klären und die einschlägigen Bestimmungen auf diesem Gebiete anführen.

Bevor wir jedoch zur Klärung der rechtlichen Seite schreiten, möchten wir von vornherein betonen, dass bis vor kurzem eine Unsicherheit herrschte, ob auf dem Gebiete Oberschlesiens das deutsche Gesetz vom 7. Juni 1909, Reichsgesetzblatt Seite 499 oder das allgemeine, polnische Gesetz über Ausverkäufe Geltung hat, da manche Gerichte das deutsche, manche wiederum das polnische Gesetz angewandt haben. Diesen Umstand heben wir als besonders wichtig für die Beurteilung der Fragen aus dem Grunde hervor, weil die zitierten, beiden Gesetze speziell die Frage der Ausverkäufe ganz verschieden klären. Da jedoch die rechtliche Seite der Angelegenheit der Geltung dieses oder jenen Gesetzes in diesem Falle gleichgültig ist, beschränken wir uns nur auf die Feststellung, dass der Schlesische Sejm sich erst mit der Frage der Ausdehnung des polnischen Gesetzes auf Oberschlesien beschäftigt, und die Schwierigkeit bei Entscheidung dieser Frage bildet eben die Differenz betr. Regelung der Angelegenheit der Ausverkäufe in diesen beiden Gesetzen, und die Einführung des polnischen Gesetzes die Ausderweltschaffung der Bestimmungen und kaufmännischen Usancen, die seit Jahrzehnten durch die Kaufmannschaft angenommen wurden, nach sich ziehen würde.

Da, wie oben festgestellt, bisher das deutsche Gesetz über unlauteren Wettbewerb in Oberschlesien noch Geltung hat, geben wir nachstehend die Bestimmungen an, die in dieser Hinsicht gelten.

Es sind in erster Reihe 3 Gruppen von Ausverkäufen zu unterscheiden:

1. allgemeine Ausverkäufe,
2. Saison- und Inventurausverkäufe,
3. Reklame- und Gelegenheitsverkäufe.

ad 1: allgemeine Ausverkäufe, die im Handelsverkehr getätigt werden, haben lt. § 7 Abs. 2 nach vorheriger Anmeldung mit gleichzeitiger Ausführung genauer Angaben zu erfolgen.

ad 2: Saison- und Inventurausverkäufe unterliegen lt. § 9 Abs. 2 nicht den Bestimmungen über Anmeldung, sofern sie am Sitz und in der Branche allgemein angenommen sind, solche Ausverkäufe müssen genau als „Saisonausverkäufe" oder „Inventurausverkäufe" genannt werden. **Sie können nur in den Monaten Januar und Februar, sowie Juli und August erfolgen. Deren Dauer kann keine 2 Wochen überschreiten. Jedes Unternehmen kann nur zwei solche Ausverkäufe im Jahre durchführen.**

ad 3: Reklame- u. Gelegenheitsverkäufe (z. B. Weisse Wochen) unterliegen nicht den Beschränkungen ad 1 und 2.

Diese 3 Arten der Ausverkäufe unterliegen im allgemeinen der Kontrolle der städtischen Polizei.

ad 1: Die Saison- und Inventurausverkäufe finden wirklich innerhalb der oben erwähnten Frist statt. Es wäre jedoch eine striktere Kontrolle der Organe in zwei Richtungen erforderlich.

ad 2: **Ob diese Ausverkäufe die zulässigen Monate Januar, Februar, Juli und August nicht überschreiten und das Wichtigste, ob sie nicht die Frist von 2 Wochen überschreiten, da in dieser Hinsicht viel Missbräuche herrschen.**

ad 3: Die grösste Plage bilden die Reklame- und Gelegenheitsverkäufe. Man kann auf diese Verkäufe die allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes über unlauteren Wettbewerb anwenden, und jene verbieten, sofern sie veranstaltet sind zwecks Umgehung der Bestimmungen des Gesetzes über unlauteren Wettbewerb. Das Gesetz ordnet solche Fälle den Bestimmungen des Gesetzes über unlauteren Wettbewerb unter. Die Jurisprudenz und Gerichtsbarkeit geht in der Richtung, dass sie **Reklame- und Gelegenheitsverkäufe solcher Art dann als unzulässig erachtet, sofern sie ununterbrochen erfolgen.**

Schliesslich bemerken wir, dass unter Bezugnahme auf die rechtlichen Aufklärungen, die wir in der Einführung machen, damit zu rechnen ist, dass der Schlesische Sejm die Ausdehnung des Gesetzes über unlauteren Wettbewerb und der Verordnung über Ausverkäufe, um welche es sich hier besonders handelt, trotz der entgegengesetzten Stellungnahme der kaufmännischen Kreise in dieser Angelegenheit beabsichtigt und in diesem Falle sämtliche bisher geltenden Bestimmungen ausser Kraft gesetzt und durch ganz andere Bestimmungen ersetzt werden.

Dr. L. Lampel.

Die gesetzlichen Feiertage im Jahre 1932.

Nr.	Tag	Monat	Name des Festtages
1.	Freitag	1. Januar	Neujahr
2.	Mittwoch	6. Januar	Heil. 3 Könige
3.	Dienstag	2. Februar	Mariä Lichtmess
4	Montag	28. März	2. Osterfeiertag
5	Dienstag	3. Mai	Nationalfeiertag
6.	Donnerstag	5. Mai	Christi Himmelfahrt
7.	Montag	16. Mai	2 Pfingstfeiertag
8	Donnerstag	26. Mai	Fronleichnam
9.	Mittwoch	29 Juni	Peter u. Paul
10	Montag	15. August	Mariä Himmelfahrt
11.	Dienstag	1. November	Allerheiligen
12.	Donnerstag	8. Dezember	Mariä Empfängnis
13.	Montag	26. Dezember	2. Weihnachtsfeiertag

Geldwesen und Börse

Bilanz der Bank Polski.

In ihrem Ausweis vom 10. Februar zeigt die Bank Polski abermals ein Steigen der Goldvorräte um 1.806 Mill. zł auf 602.293 Mill. zł, Devisen- und deckungsfähige ausländische Geldsorten stiegen um 392.000 zł auf 69.479 Mill. zł, sonstige verringerten sich um 2.628 Mill. zł auf 116.470 Mill. zł.

Das Wechselportefeuille weist einen Rückgang um 25.420 Mill. zł auf und betrug 641.851 Mill. zł, Lombardkredite verringerten sich um 1,29 Mill. zł auf 120.483 Mill. zł, sonstige Aktiva stiegen um 15,70 Mill. zł auf 120.483 Mill. zł.

Unter den Passiven war ein Steigen der täglich fälligen Verbindlichkeiten um 2,483 Mill. zł auf 235 28 Mill. zł zu verzeichnen. Der Banknotenumlauf verringerte sich um 40,627 Mill. zł auf 1.111,535 Mill. zł.

Banknoten und täglich fällige Verbindlichkeiten sind durch Gold allein mit 44,73 Proz. oder 14,73 Proz. über die statutarische Deckung gedeckt. Das Deckungsverhältnis durch Gold und Devisen betrug 49,89 Proz. oder 9,89 Proz. über die durch die Statuten festgesetzte Deckung, die durch Gold allein 54,19 Proz. — der Diskontsatz der Bank Polski betrug 7½ Proz. und der Lombardsatz 8½ Proz.

Warschauer Börsennotierungen.

Devisen.

11. II. Belgien 124.48 — 124.79 — 124.17, Bukarest 5.29 — 5.32 — 5.26, Holland 360.20 — 361.10 — 359.30, London 30.70 — 30.85 — 30.55, New York 8.916 — 8.936 — 8.896, Paris 35.12 — 35.21 — 35.03, Prag 26.42 — 26.48 — 26.36, Schweiz 174.16 — 174.59 — 173.73, Italien 46.54 — 46.68 — 46.22.

12. II. Danzig 173.70 — 174.13 — 173.27, Holland 360.15 — 361.05 — 359.25, London 30.76 — 30.73 — 30.92 — 30.62, New York 8.916 — 8.936 — 8.896, Paris 35.12 — 35.21 — 35.03, Prag 26.42 — 26.48 — 26.36, Schweiz 174.19 — 174.62 — 173.76.

16. II. Danzig 173.75 — 174.18 — 173.32, Holland 361.00 — 361.90 — 360.10, London 30.80 — 30.72 — 30.91 — 30.61, New York 8.914 — 8.934 — 8.804, Paris 35.16 — 35.25 — 35.07, Prag 26.40 — 26.46 — 26.34, Schweiz 174.16 — 174.59 — 173.35.

17. II. Belgien 124.46 — 124.77 — 124.15, Danzig 173.80 — 174.23 — 173.37, Holland 361.25 — 362.15 — 360.35, London 30.70 — 30.71 — 30.86 — 30.56, New York 8.909 — 8.929 — 8.889, Paris 36.16 — 35.25 — 25.07, Prag 26.40 — 26.46 — 26.34, Schweiz 174.18 — 174.61 — 173.75, Italien 46.40 — 46.63 — 46.17.

18. II. Belgien 124.45 — 124.76 — 124.14, Danzig 173.85 — 174.28 — 173.42, Holland 361.25 — 362.15 — 360.36, London 30.65 — 30.63 — 30.68 — 30.80 — 30.50, New York 8.908 — 8.928 — 8.888, Paris 35.16 — 35.25 — 35.07, Prag 26.40 — 26.46 — 26.34, Schweiz 174,18 — 174,61 — 173,75.

Wertpapiere.

3-proz. Bauanleihe 34,25 — 35,25, 4-proz. Dollaranleihe 49,25 — 50,00, 4-proz. Investitionsanleihe 89,25 — 89,50, 5-proz. Konversionsanleihe 40,50, 6-proz. Dollaranleihe 57,00, 7-proz. Stabilisationsanleihe 54,75 — 56,25 — 55,00, 8-proz. Pfandbriefe der Bank Gospodarstwa Krajowego 94,00, 8-proz. Pfandbriefe der Bank Rolny 94,00, 8-proz. Obligationen der Bank Gospodarstwa Krajowego 94,00.

Messen u. Ausstellungen

Freie Fahrt zur Leipziger Frühjahrsmesse.

Die Leipziger Frühjahrsmessen, deren nächste am 6. März 1932 beginnt und für die Textilmesse am 9., für die Sportartikelmesse am 10., für die übrigen Zweige der Mustermesse am 12. März und für die Grosse Technische Messe und Baumesse am 16. März schliesst, sind der beste Repräsentant für die Leistungsfähigkeit der deutschen Fertigwaren- und Produktionsmittelindustrien. Rund 7000 Fabrikanten von Fertigwaren und rund 2500 Fabrikanten von Maschinen und Werkzeugen aller Art sind auf der Leipziger Frühjahrsmesse vertreten. 39 grosse Messpaläste stehen für die Zwecke der Mustermesse und 17 Hallen für die Grosse Technische Messe und Baumesse zur Verfügung. Die Frühjahrsmessen, auf denen auch das Ausland mit rund 20 Ländern vertreten ist, werden durchschnittlich von rund 30.000 ausländischen Einkäufern aus 80 verschiedenen Ländern besucht.

Das Leipziger Messeamt hat sich im Einvernehmen mit den Ausstellern, die die Leipziger Frühjahrsmesse 1932 beschicken werden, entschlossen, den ausländischen Messbesuchern ein besonderes Entgegenkommen dadurch zu beweisen, dass ihnen die Fahrtkosten für die Reise nach Leipzig und zurück vergütet werden. Das Leipziger Messeamt hat die notwendigen Vorbereitungen bereits getroffen, sodass es möglich sein wird, den aus dem Ausland nach Leipzig kommenden Einkäufern die Fahrtkosten bereits während der Messtage zu erstatten.

Alle Einkäufer, welche die Leipziger Frühjahrsmesse 1932 besuchen wollen, wenden sich an die

nächstgelegene Geschäftsstelle oder Ehrenamtliche Vertretung des Leipziger Messamts oder an ein Reisebüro, das durch Plakate kenntlich gemacht ist. Diese Stellen händigen dem Reisenden neben den Fahrscheinen und den Ausweispapieren ein besonderes Gutscheinheft aus, welches dem Leipziger Messamt gegenüber als Legitimation dient. In dieses Gutscheinheft trägt der Aussteller, bei dem der ausländische Besucher eingekauft hat, den Gesamtbetrag der aufgegebenen Bestellungen ein. Die Gutscheine werden dem Leipziger Messamt ausgehändigt, das dann nach Massgabe des Gesamtwertes der aufgegebenen Bestellungen die Fahrtkosten zurückerstattet. Bezahlt werden die reinen Auslagen für die Fahrt, und zwar die Schiffspassage 1. Klasse und die Eisenbahn 2. Klasse vom Wohnort bis nach Leipzig und zurück bis zu 1 Proz. des Wertes der auf der Leipziger Messe erteilten Aufträge.

Es muss besonders darauf hingewiesen werden, dass die Aussteller der Leipziger Frühjahrsmesse den ausländischen Besuchern ein sehr reichhaltiges Musterangebot zu günstigen Preisen vorführen werden und dass durch die Rückvergütung der Fahrtkosten keine Verteuerung der Warenpreise stattfindet, da dass Leipziger Messamt für diesen Zweck einen besonderen Fond bereit gestellt hat.

Polen auf der Prager Filmausstellung.

Durch Mithilfe von Redakteur M. Podresa, dem langjährigen Mitarbeiter des Prager Fachblattes „Kino", sowie des gleichartigen Warschauer Organes und des Filmorganes „Cinéma" in Paris wird sich auch Polen an der Filmausstellung in Prag mit über 1.000 Photos, Plakaten und Zeitschriften der polnischen Filmproduktion beteiligen. Nach Amerika, Russland, Frankreich und Lettland kommt nunmehr auch Polen an die Reihe; es ist zu erwarten, dass an dieser anlässlich der 24. Prager Frühjahrsmesse (13.—20. März 1932) veranstalteten internationalen Filmausstellung auch die anderen, österreichischen Nachfolgestaaten, sowie besonders Deutschland sich in entsprechender Weise rechtzeitig beteiligen werden. Die zur Verfügung stehende Standfläche ist bereits fast gänzlich vergeben und die Dislokation muss schon in nächster Zeit in Angriff genommen werden.

Kongresse anlässlich der Prager Filmausstellung.

In der Zeit vom 13.—20. März d. J. werden anlässlich der 24. Prager Frühjahrsmesse zahlreiche Kongresse der Filmbranche in der grossen Hodac-Halle des Messepalastes stattfinden. So sind bereits Zusammenkünfte vom Reichsverbande der Kinobesitzer der Tschechoslovakischen Republik, vom Verbande der Kino-Filmschauspieler angesetzt. Ebenso haben auch ausländische berühmte Filmschauspieler, wie Emil Jannings u. v. a. die Beteiligung an dieser Filmausstellung zugesichert. Ein besonderer Abend der Filmschauspieler, die in ihren bekannten Charakterrollen zu sehen sein werden, ist geplant.

Wirtschafts-Literatur

R. H. Mottram: Wesen und Geschichte der Finanzspekulation.

(Insel-Verlag, Leipzig).

Wer hinter diesem Titel einen Ratgeber für erfolgreiche Börsengeschäfte erwartet, wird das Buch enttäuscht weglegen, wer allerdings weiss, dass von seinem Verfasser auch das bekannteste, englische Kriegsbuch (Der spanische Pachthof) stammt, der wird etwas Derartiges garnicht erwarten. Tatsächlich bringt das Buch Mottram's nichts über die Technik der Finanzspekulation, deren Begriff übrigens hier im allerweitesten Sinne gefasst ist, umso mehr aber und umso Interessanteres über ihre Geschichte und ihr Wesen und damit vor allem, worum es dem Verfasser am meisten geht, über die Rolle, die der in jedem Einzelnen steckende Spekulationstrieb in der Entwicklung der Menschheit und der Entwicklung der Wirtschaft gespielt hat. Ist schon das Thema als solches heute umso aktueller, als die Geschichte der Finanzspekulation gleichzeitig eine Geschichte der Wirtschaftskrise darstellt und uns also heute mehr nahe angeht, so fesselt es darüber hinaus besonders durch eine Reihe von glänzenden Einzeldarstellungen berühmter historischer Spekulationsfälle, so z. B. des Law-Skandals, des Südsee-Schwindels, des Eisenbahnkönigs Strousberg usw., gleichzeitig aber durch eine Darstellung der neuesten Entwicklung vom Kriege bis in die jüngste Gegenwart, die — aus diesem Gesichtswinkel gesehen — ein ganz neues Aussehen gewinnt.

Grżaf A. Stenbock-Fermor: Deutschland von unten, Reise durch die proletarische Provinz.

(J. Engelhorns Nachf., Stuttgart.)

Das ist nichts für trauliche Abendstunden am Kamin, nichts für empfindliche Nerven, aber dafür umso wichtiger, sehr zu empfehlen allen denen, die sich für das Alltagsleben in der ganzen Welt interessieren, nur nicht für das ihrer Landsleute gleich um die Ecke. Wer mit dem Gegenstand der Darstellung, dem Leben des deutschen Proletariats in der Provinz, Ruhrgebiet und Oberschlesien, im Waldenger Revier und im Erzgebirge nicht vertraut ist, wird durch die Schilderungen des Verfassers und das beigegebene Bildmaterial auf das stärkste erschüttert werden. Aber auch derjenige, der von all dem etwas zu wissen glaubt, wird hier noch sehr viel dazulernen können. Der Verfasser, ehemaliger baltischer Edelmann und Baltikum-Kämpfer, jetzt überzeugter Kommunist, bemüht sich sichtlich und mit Erfolg, ganz untendenziös zu bleiben, und er kann es ruhig tun; die von ihm geschilderten und durch Bild und Zahlenmaterial belegten Tatsachen wirken für sich schon genug. **R. H.**

Der Grosse Brockhaus, Bend X.

Nun liegt die reste Hälfte des grossen Erneuerungs-, Ergänzungs- und Ausscheidungswerkes des Verlages Brockhaus) in Leipzig fertig vor: Band X des Handbuches des Wissens in XX Bänden. — Der Grosse Brockhaus ist soeben erschienen. Buchstabe K — machen wir ein paar Stichproben. Kirchenmusik: in zweiundeinhalb Spalten eine klare allgemeine Definition und eine Uebersicht der speziellen Entwicklung in der katholischen, evangelischen und der besonders gearteten Liturgie der englischen Kirche. Kontrapunkt: in einer knappen Spalte eine ebenso gründliche, wie leichtfassliche Erklärung, dazu eine Tafel mit Notenbeispielen zu jeder Gattung. Korbblüter: gründlicher Orientierungstext, eine farbige Bildtafel mit Blumen dieser Pflanzenfamilie, eine schwarzweisse Bildtafel mit sehr interessanten Pflanzenorgan-Teildarstellungen. Korallen: über zwei Seiten mit Abbildungen durchsetzter Text aus dem man mit Staunen als Laie erfährt, in was für verschiedenartigsten Formen und Umbildungen diese Meeresboden-Geschöpfe vorkommen und wie und wo sich ihr Dasein abspielt — und wie viele Dinge, die durchaus nichts direkt mit Korallen zu tun haben, der Farbähnlichkeit wegen ihnen den Namen entlehnt haben. Phantastisch schöne Bilder zeigen pittoreske Formationen und Färbungen verschiedener Arten. Kraftwagen: 10½ Textseiten mit eingehetder technischer Beschreibung, praktischen Unterweisungen für den Fahrer, rechtlichen. Versicherungs- und Haftpflichts-Winken, nebst Geschichte des Automobils. Zahlreiche Abbildungen von Einzelteilen, Personen- und Nutzwagentypen des In- und Auslandes, nebst Firmenzeichen, Tabellen der Heimatzeichen Deutschlands und Klubs aller Länder. Kommunistische Partei: streng sachliche Darstellung der Geschichte der Partei, ausführlich für Deutschland, knapp zusammengefasst für acht weitere europäische Staaten.

Die Reihe der Beispiele aus allen Wissens- und Interessensgebieten liesse sich aus diesem und den übrigen bisher vorliegenden Bänden dieses Hausbuchs der Orientierung und Belehrung selbstverständlich ins Unendliche fortsetzen, wollte man einen einigermassen erschöpfenden Ueberblick davon geben, in wie gleichmässig gründlicher, klarformulierter, praktisch brauchbarer und absolut neutral-sachlicher Weise dieses ausserordentlich reich und gut illustrierte, gediegenst ausgestattete Nachschlagewerk auf alle Fragen Auskunft gibt. Es muss dem altbewährten Brockhaus-Verlag als besonders kulturelles Verdienst angerechnet werden, dass er trotz der Schwierigkeiten der allgemeinen Wirtschaftslage die Neuherausgabe dieses ältesten deutschen „Handbuch des Wissens" pünklich zu den angekündigten Terminen und Bedingungen in unverändert vorzüglicher Qualität durchführt.

Margot Epstein.



Verantwortlicher Redakteur: Dr. Alfred Gawlik, Katowice. — Verlag: Wirtschaftliche Vereinigung für Poln.-Schles., Katowice. — Druck: St. Zakl. Graf. i Wyd. „Polonia" S. A. Katowice